

V9 Ein Gespenst für Europa – die europäische Republik als linke Antwort auf den Rechtsruck

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.10.2018
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Europa ist und bleibt in der Krise. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert verschiedene Maßnahmen in der Migrationpolitik (zB sichere Fluchtwege), Sozialpolitik (zB eine europäische Sozialversicherung) und der Wirtschaftspolitik (zB Verbot von Menschenrechtsverletzung in Lieferketten). Der Antrag hat vor allem das Ziel dadurch eine europäische Republik zu schaffen.

- 1 Die EU und Europa scheinen von einer Krise in die nächste zu rutschen.
- 2 Schuldenkrise, Finanzmarktkrise, Eurokrise, Wirtschaftskrise, Griechenlandkrise,
- 3 Ukraine Krise, Terrorkrise, Humanitätskrise, Rechtsruckkrise. Doch sind das alles
- 4 wirklich Krisen? Vielmehr liegt die allen zugrunde liegende Krise doch in der
- 5 Beschaffenheit der EU. Diese kommt als technokratischer, bürger*innenferner und
- 6 undemokratischer Bürokratiekoloss daher. Die Krisenhaftigkeit der EU, so müssen
- 7 wir heute feststellen, liegt an der institutionellen Trilogie aus Europäischem
- 8 Rat, Parlament und EU-Kommission, die allesamt zu unserer aller Unzufriedenheit
- 9 mit den Herausforderungen der letzten Jahre umgehen. Es ist also vor Allem eine
- 10 Demokratiekrise, die der EU und Europa die progressive Kraft nimmt. Die
- 11 Herausforderung ist es, diese strukturellen Mängel zu beseitigen und die EU
- 12 radikal zu reformieren. Hierfür stellt sich die GRÜNE JUGEND Niedersachsen
- 13 hinter die Idee einer europäischen Republik. Nur so kann auch die Idee eines
- 14 Europa der Regionen statt der Nationalstaaten erfolgreich umgesetzt werden.

- 15 Als Sofortmaßnahmen gegen die Demokratiekrise der EU fordert die GRÜNE JUGEND
- 16 Niedersachsen eine Reform der Europäischen Kommission sowie die gleichzeitige
- 17 Stärkung des Europäischen Parlaments durch die Schaffung des Initiativrechts.
- 18 Das Parlament muss das Herzstück der europäischen Demokratie werden und muss
- 19 daher die Möglichkeit haben, selbst Gesetzesinitiativen einzubringen.

- 20 Ferris not Frontex - für ein weltoffenes und menschenwürdiges Europa

- 21 Wer EU-Bürger*in ist, der*die hat die Möglichkeit sich in allen Mitgliedstaaten
- 22 Arbeit zu suchen, ein Zuhause aufzubauen und kann sich ohne Beschränkungen in
- 23 der EU bewegen. Menschen, die fliehen und laut Pass keine Bürger*innen der EU
- 24 sind haben keine Möglichkeit in angemessenen Verfahren in den EU-Ländern
- 25 aufgenommen zu werden. Vor allem ihre Flucht ist unsicher und gefährlich.
- 26 Besonders, weil die EU die Flucht gefährlich macht. Durch den politischen Willen
- 27 der EU-Politiker*innen gelangen „Entwicklungsgelder“ in (Nord-)Afrikanische
- 28 Länder wie Niger, Marokko und Libyen, die genutzt werden, um fliehende Menschen
- 29 aufzuhalten, zu misshandeln oder zu töten. Die EU ist hierfür direkt
- 30 mitverantwortlich. Zusätzlich gibt es internationale Seerechtsabkommen und
- 31 einfache moralische Grundsätze der EU, die die Rettung von fliehenden Menschen
- 32 auf dem Mittelmeer voraussetzen. Allein, weil jeder Mensch das Recht auf Leben
- 33 und andere Menschenrechte hat, müsste die EU im Mittelmeer Rettungsaktionen
- 34 durchführen, die genau dieses Recht schützen. Diese Rettungsaktionen gibt es
- 35 aber nicht. Im Gegenteil, Initiativen, die sich bereit erklären Menschen zu
- 36 retten, kommen vor Gericht, weil sie Menschenleben retten. Ihnen wird verboten
- 37 weiterhin die Pflichten zu erfüllen, die die EU nicht leisten kann, nämlich

38 Menschen vor dem Tod zu bewahren. Die EU hat durch ihren Umgang mit Migration
39 vollkommen versagt in der Wahrung ihrer Werte.

40 Dem setzen wir unsere Forderungen für ein humanitäres und weltoffenes Europa
41 entgegen.

- 42 • Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert die Abschaffung der europäischen
43 Grenzschutzagentur Frontex und ein Ende des Sterbens an den europäischen
44 Außengrenzen.
- 45 • Wir fordern auch die strukturelle Abschaffung der europäischen
46 Binnengrenzen und ein Ende der tödlichen Abschottungspolitik.
- 47 • Dazu braucht es auch sichere Fluchtwege! Die EU muss
48 Seenotrettungsaktionen neu ins Leben rufen. Außerdem muss sie sichere
49 Fluchtkorridore schaffen, die es allen Menschen in der gesamten EU
50 ermöglicht Asyl zu finden. Ein solidarisches Europa muss für alle Menschen
51 da sein und kann sich nur als antifaschistisches und antirassistisches
52 Europa verstehen.

53 2019 wird eine Richtungsentscheidung

54 Die Europaparlamentswahl 2019 wird voraussichtlich die erste Wahl nach dem
55 Brexit, dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU sein. Der Erfolg
56 von Rechtspopulist*innen in Europa nimmt eine unvergleichliche Dimension an.
57 Überall in Europa sind rechte Parteien so stark wie nie. In Österreich regiert
58 die rechtsextreme FPÖ zusammen mit der konservativen ÖVP, in Italien hetzt der
59 Innenminister und Vize-Ministerpräsident Matteo Salvini, Mitglied der
60 rechtsextremen Partei Lega, gegen Geflüchtete und verhindert aktiv deren
61 Rettung. In Polen regiert die PiS-Partei antifeministisch und reaktionär durch
62 und verhängt hohe Strafen auf Abtreibungen. In Frankreich und Deutschland nehmen
63 antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe zu, die Gewalt gegen
64 Migrant*innen und LSBTIQA*-Personen steigt. Autoritäre Regime wie die Regierung
65 von Victor Orban in Ungarn werden von der CSU hofiert, die CDU in Sachsen
66 schließt eine Koalition mit der AfD nicht mehr aus. Wird auch im Europaparlament
67 der autoritäre Schulterschluss der Rechtsextremen mit den Konservativen seinen
68 Lauf nehmen oder schaffen wir es, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen? Die
69 reaktionäre Konterrevolution von rechts scheint jedenfalls vielerorts schon
70 vollzogen.

71 Wir müssen an neuen linken Bündnissen und Mehrheiten arbeiten, um diesem
72 Rechtsruck Einhalt zu gebieten. Unsere Vision eines republikanisch organisierten
73 und demokratischen Europas kann diesem linken Gegenentwurf einige konkrete Ideen
74 schon jetzt entgegenstellen.

75 Europa muss Sozialunion statt Wirtschaftsunion sein

76 Ein Europa ohne Populismus kann nur ein soziales Europa sein und andersrum. Um
77 sich als EU-Bürger*in zu identifizieren braucht es eine gemeinsame
78 sozialpolitische Linie, die allen Menschen gleiche Ausgangsmöglichkeiten
79 ermöglicht. Dafür braucht es mehr Solidarität in Europa! Europa darf keine
80 neoliberale Wirtschaftsunion sein, sondern muss Sozialunion werden, denn der
81 Neoliberalismus bereitet dem Faschismus seinen Weg.

82 Als sozialpolitische Antwort auf die prekäre Lebenssituation vieler Millionen
83 Menschen in Europa fordern wir folgende Maßnahmen:

- 84 • Es braucht eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur
85 Freizügigkeit in den Vordergrund stellt, sondern die soziale Sicherung.
86 Aus diesem Grunde braucht es eine europäische Sozialversicherung, die
87 Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld abdeckt und für gleiche
88 Grundvoraussetzungen sorgt
- 89 • Ebenso müssen Krankenversicherung und weitere gesundheitspolitischen
90 Regelungen auf EU-Ebene reguliert werden. Diese muss eine kostenfreie
91 Grundversorgung für alle Menschen beinhalten.
- 92 • Ebenso fordern wir einen einheitlichen europäischen Mindestlohn.
- 93 • Alle Menschen müssen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen, dass
94 Frauen weniger verdienen können wir nicht dulden. Auch klassische
95 Pflegeberufe, die öfter von Frauen ausgeübt werden, werden schlecht
96 entlohnt. An dieser Stelle braucht es eine Aufwertung der Care-Arbeit.

97 Wer ein gerechtes Europa will, muss sich mit dem Kapitalismus anlegen

98 Die EU hat sich zum Ziel gesetzt den Handelsbedingungen aufzustellen und einen
99 freien Handel zu ermöglichen. Ganz offensichtlich hat sie es jedoch nicht
100 geschafft, solche Abkommen zu beschließen, die angemessene
101 Verbraucherschutzstandards erfüllen. Viele Bürger*innen gingen deshalb auf die
102 Straße, um gegen bestimmte Abkommen zu demonstrieren. In Sachen
103 Verbraucherschutz schlägt sich die EU generell häufig auf die Seite der
104 Unternehmen, auch wenn sie dafür keine guten Argumente hat. Das wird deutlich an
105 der Erlaubnis das Pestizid Glyphosat zu verwenden, die Entscheidung ist schwer
106 nachvollziehbar, da unabhängige Studien das Gegenteil der EU-Sicht abbilden. Die
107 EU darf keine Institution sein, die wirtschaftlichen Akteur*innen freie Hand
108 gewährt, während sie im Sinne der Wachstumslogik die Erde über alle ökologischen
109 Grenzen ausbeuten. Klimaschädliche Wirtschaftspraktiken müssen Konsequenzen nach
110 sich ziehen, schließlich tragen alle Menschen die Kosten, die solch eine
111 kapitalistische Wirtschaftsweise verursacht. Weiterhin muss die EU mehr
112 Verantwortung übernehmen im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen.
113 Firmen dürfen keine Menschenrechtsverletzungen begehen oder zulassen, die EU muss
114 dafür sorgen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden.

115 Die Wirtschaft muss im Sinne menschlicher Bedürfnisse stehen, nicht im Sinne
116 kapitalistischer Verwertungslogik. Um das durchzusetzen braucht es eine EU, die
117 den enthemmte Kapitalismus Solidarität und Menschenrechte entgegensetzt.

118 Insgesamt muss klar sein: Es braucht ein ökologisches, offenes und solidarisches
119 Europa. Nur ein solches Europa kann mit den aktuellen Krisen umgehen, nur ein
120 solches Europa kann den eigenen Werten wie den Menschenrechten gerecht werden.
121 Dazu braucht es eine wirtschaftliche, sozialpolitische und migrationspolitische
122 Wende.

Begründung

Europa muss sich radikal wandeln. Das anstehende Europawahljahr 2019 müssen wir zum Anlass nehmen, um uns in Hinblick auf die EU neu zu positionieren. Es braucht eine europäische Vision für Bürger*innen in der EU, nur so lässt sich die krisenbehaftete EU überwinden.